Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion
der Fraktion DIE LINKE

zum Antrag der FDP-Fraktion – DS 5/2758 Subventionsbericht für das Land Brandenburg vorlegen

Erarbeitung eines Subventionsberichtes für das Land Brandenburg

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen zum Ende Oktober 2011 einen ersten Subventionsbericht für das Land Brandenburg vorzulegen. Dieser soll Auskunft über die Finanzhilfen der EU, des Bundes sowie über die Finanzhilfen des Landes Brandenburg und seiner Sondervermögen geben.

Der Subventionsbericht soll die Zielsetzung, die Ausgestaltung und die Ergebnisse der Evaluierung der Förderprogramme darstellen sowie den Nachweis der Finanzhilfen in einem Gesamt- und einem Einzelnachweis nach Ist-Zahlen für die Jahre 2009 und 2010 und für das Jahr 2011 nach den Soll-Ansätzen enthalten.
Der Subventionsbericht ist alle zwei Jahre fortzuschreiben.

Begründung:

Nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) legt die Bundesregierung alle zwei Jahre Bundestag und Bundesrat einen Bericht über die Entwicklung der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen vor. Die Bundesländer stellen für den Subventionsbericht der Bundesregierung Zahlen über die Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister zur Verfügung. Die Länder sind bei ihrer Berichterstattung durch § 12 StWG nicht gebunden, auch gibt es keine vergleichbaren gesetzlichen Vorschriften für die Länder.

Aufgrund der seit Jahren immer enger werdenden finanziellen Handlungsspielräume von Bund, Ländern und Gemeinden ist die Diskussion über Beihilfen und Subventionen bzw. Finanzhilfen der öffentlichen Hand von stetig steigender Aktualität und Bedeutung. Aus diesem Grund stellen alle Bundesländer, mit Ausnahme von Brandenburg, einen Subventionsbericht bzw. haben in der Vergangenheit Subventionsberichte erstellt.

Ziel eines solchen Berichtes ist es, die jeweiligen Finanzhilfen einer intensiven und kritischen parlamentarischen Auseinandersetzung zugänglich zu machen und damit auch einen wesentlichen Beitrag zur Transparenz des Haushaltes zu leisten.

Damit der Subventionsbericht unmittelbare Auswirkungen auf die Ausgaben des Landes hat, soll die Berichterstattung sich nicht nur auf das bloße Zusammentragen der Finanzhilfen beschränken, sondern vielmehr die Möglichkeit bieten, die Effizienz der eingesetzten Haushaltsmittel objektiv zu beurteilen. Daher soll bei der Berichterstattung eine entsprechende Überprüfung der Finanzhilfen auf ihren Zielerreichungsgrad hin durch geeignete Kennzahlen und Indikatoren erfolgen. Nur so kann ein Subventionsbericht für den Landtag und die Landesregierung eine Entscheidungshilfe bei der Ausgestaltung bzw. der Fortführung von Förderprogrammen und der Gewährung von Finanzhilfen sein.

Ralf Holzschuher
für die SPD-Fraktion

Kerstin Kaiser
für die Fraktion DIE LINKE